

historycast

was war – was wird



Unterrichtsmaterial zu Staffel 3, Folge 2

ISRAEL. ZIONISTISCHER TRAUM, POLITISCHE REALITÄT

Almut Finck im Gespräch mit Michael Brenner

Unterrichtsmaterial entwickelt von Ines Stelljes



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Verband der
Geschichtslehrerinnen
und -lehrer
Deutschlands e. V.



Schritt 1:

Antisemitismus in Europa (bis 1914) – Jüdisches Leben ohne Selbstverständlichkeit?

Q1 Antisemitische Postkarten aus dem Kaiserreich



Abb. 1 Antisemitische Postkarte, die den Mythos der jüdischen Finanzherrschaft aufgreift.
Autor unbekannt, Public domain, via Wikimedia Commons, [ogy.de/7d9t](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Antisemitische_Postkarte.jpg)



Abb. 2 „Gruß aus Karlsbad: Es ist fatal, wenn statt 'nem Kuss, Man sich die Nois'n reiben muss.“

Quelle: unknown. Verlag: Ottmar Zieher, nach 1905, Public domain, via Wikimedia Commons, [ogy.de/3jgs](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gruß_aus_Karlsbad.jpg)

Q2 Theodor Herzl und die Frage, wie sich die Situation der Juden Europas verbessern lässt.

Die Judenfrage

Die Notlage der Juden wird niemand leugnen. In allen Ländern, wo sie in merklicher Anzahl leben, werden sie mehr oder weniger verfolgt. Die Gleichberechtigung ist zu ihren Ungunsten fast überall tatsächlich aufgehoben, wenn sie im Ge-
 5 setze auch existiert. Schon die mittelhohen Stellen im Heer, in öffentlichen und privaten Ämtern sind ihnen unzugänglich. Man versucht, sie aus dem
 10 Geschäftsverkehr hinauszudrängen: „Kauft nicht bei Juden!“ [...]

In Russland werden Judendörfer gebrandschatzt, in Rumänien erschlägt man ein paar Menschen, in Deutschland prügelt man sie gelegentlich

15 durch, in Österreich terrorisieren die Antisemiten das ganze öffentliche Leben, in Algerien treten Wanderhetzprediger auf, in Paris knöpft sich die sogenannte bessere Gesellschaft zu, die Cercles schließen sich gegen die Juden ab. Die Nuancen
 20 sind zahllos. Es soll hier übrigens nicht eine wehleidige Aufzählung aller jüdischen Beschwerden versucht werden. Wir wollen uns nicht bei Einzelheiten aufhalten, wie schmerzlich sie auch seien. Ich beabsichtige nicht, eine gerührte Stimmung
 25 für uns hervorzurufen. Das ist alles faul, vergeblich und unwürdig. Ich begnüge mich, die Juden zu fragen: Ob es wahr ist, dass in den Ländern, wo wir in merklicher Anzahl wohnen, die Lage der

30 jüdischen Advokaten, Ärzte, Techniker, Lehrer
und Angestellten aller Art immer unerträglicher
wird? Ob es wahr, dass unser ganzer jüdischer
Mittelstand schwer bedroht ist? Ob es wahr, dass
gegen unsere Reichen alle Leidenschaften des
Pöbels gehetzt werden? Ob es wahr, dass unsere
35 Armen viel härter leiden als jedes andere Prole-
tariat? [...]

Tatsache ist, dass es überall auf dasselbe hinaus-
geht, und es lässt sich im klassischen Berliner
Rufe zusammenfassen: „Juden raus!“

40 Ich werde nun die Judenfrage in ihrer knapps-
ten Form ausdrücken: Müssen wir schon „raus“?
Und wohin? Oder können wir noch bleiben? Und
wie lange? Erledigen wir zuerst die Frage des
Bleibens. Können wir auf bessere Zeiten hoffen,
45 uns in Geduld fassen, mit Gottergebung abwar-
ten, dass die Fürsten und Völker der Erde in eine
für uns gnädigere Stimmung geraten? Ich sage,
wir können keinen Umschwung der Strömung
erwarten. Warum? Die Fürsten – selbst wenn
50 wir ihrem Herzen ebenso nahe stehen wie die
anderen Bürger – können uns nicht schützen. Sie
würden den Judenhass indossieren [übertragen],
wenn sie den Juden zuviel Wohlwollen bezeigten.
Und unter diesem „zuviel“ ist weniger zu verste-
55 hen, als worauf jeder gewöhnliche Bürger oder
jeder Volksstamm Anspruch hat. Die Völker, bei
denen Juden wohnen, sind alle samt und sonders
verschämt oder unverschämt Antisemiten. [...]

60 Gründe des Antisemitismus

Wir sprechen jetzt nicht mehr von den Gemüts-
gründen, alten Vorurteilen und Borniertheiten,
sondern von den politischen und wirtschaftli-
chen Gründen. Unser heutiger Antisemitismus
65 darf nicht mit dem religiösen Judenhasse frühe-
rer Zeiten verwechselt werden, wenn der Juden-
hass auch in einzelnen Ländern noch jetzt eine
konfessionelle Färbung hat. Der große Zug der

70 judenfeindlichen Bewegung ist heute ein ande-
rer. In den Hauptländern des Antisemitismus ist
dieser eine Folge der Judenemanzipation. Als die
Kulturvölker die Unmenschlichkeit der Ausnah-
megesetze einsahen und uns freiließen, kam die
Freilassung zu spät. [...]

75 Wirkung des Antisemitismus

Der auf uns ausgeübte Druck macht uns nicht
besser. Wir sind nicht anders als die anderen
Menschen. Wir lieben unsere Feinde nicht, das ist
80 ganz wahr. Aber nur wer sich selbst zu überwin-
den vermag, darf es uns vorwerfen. Der Druck er-
zeugt bei uns natürlich eine Feindseligkeit gegen
unsere Bedränger – und unsere Feindseligkeit
steigert wieder den Druck. Aus diesem Kreislauf
herauszukommen ist unmöglich. [...] Wir sind
85 ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren
Willen dazu, wie das immer in der Geschichte
so war. In der Bedrängnis stehen wir zusammen,
und da entdecken wir plötzlich unsere Kraft. Ja,
90 wir haben die Kraft, einen Staat, und zwar einen
Musterstaat zu bilden. Wir haben alle menschi-
chen und sachlichen Mittel, die dazu nötig sind.
[...] Wer mit will, stelle sich hinter unsere Fahne
und kämpfe für sie in Wort, Schrift und Tat. [...]
95 Palästina ist unsere unvergessliche historische
Heimat. Dieser Name allein wäre ein gewaltig
ergreifender Sammelruf für unser Volk. [...] Für
die heiligen Stätten der Christenheit ließe sich
eine völkerrechtliche Form der Exterritorialisie-
100 rung finden. Wir würden die Ehrenwache um die
heiligen Stätten bilden und mit unserer Existenz
für die Erfüllung dieser Pflicht haften. Diese Eh-
renwacht wäre das große Symbol für die Lösung
der Judenfrage nach achtzehn für uns qualvollen
105 Jahrhunderten.

Auszüge aus: Theodor Herzl. Der Judenstaat. Versuch einer
Lösung der Judenfrage, Leipzig/Wien 1896, S. 19–25. Zitiert
nach: ogy.de/edcl

Impulse



- Beschreiben, entschlüsseln und analysieren Sie die Postkarten aus dem Kaiserreich (Q1).
- Beurteilen Sie die Auswirkungen solcher Postkarten auf die jüdische Bevölkerung im Kaiserreich (Q1).
- Fassen Sie Theodor Herzls Thesen zusammen (Q2).
- Beurteilen Sie sein Fazit des Antisemitismus in Europa (Q2).

Schritt 2:

Die jüdische Migration 1880–1949 – „Einen besseren Ort als hier finden wir überall“?

Von ► / Nach ▼	Russland	Österreich/ Ungarn (ab 1920 auch von Polen)	Rumänien	Anderen Ländern	Insgesamt
USA	1.749.000	597.000	161.000	379.000	2.885.000
Kanada	70.000	40.000	5.000	10.000	125.000
Argentinien	100.000	40.000	20.000	20.000	180.000
Sonstige Länder Zentral-/Süd- amerikas	11.000	20.000	9.000	20.000	60.000
Großbritannien	130.000	40.000	30.000	10.000	210.000
Deutschland	25.000	75.000	---	---	100.000
Frankreich, Belgien	55.000	70.000	---	25.000	150.000
Schweiz, Italien, Skandinavische Länder	30.000	---	---	---	30.000
Südafrika	45.000	10.000	---	5.000	60.000
Ägypten	20.000	10.000	---	5.000	35.000
Palästina	45.000	40.000	10.000	25.000	120.000
Australien, Neu- seeland	5.000	10.000	---	5.000	20.000
Insgesamt	2.285.000	952.000	235.000	389.000	3.975.000

Zitiert nach: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0204/t180204.html>

D2 Jüdische Einwanderung nach Palästina

Jahr / Periode	Zahl der Einwanderer	Wichtigste Herkunftsländer
1882–1903 (1. Alijah*)	20.000–30.000	Russland
1904–1914 (2. Alijah)	35.000–40.000	Russland
1919–1923 (3. Alijah)	ca. 35.000	Sowjetunion, Polen
1924–1931 (4. Alijah)	ca. 80.000	Polen, Sowjetunion
1932–1938 (5. Alijah)	ca. 200.000	Polen, Deutschland
1939–1945	ca. 80.000	Polen, Deutschland, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei
1946–1948	ca. 56.000	Polen, Rumänien

*Alijah: Einwanderungsperiode

Aus: Angelika Timm, Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn (Bouvier Verlag) ohne Jahr

Raum für eigene Notizen

Impulse

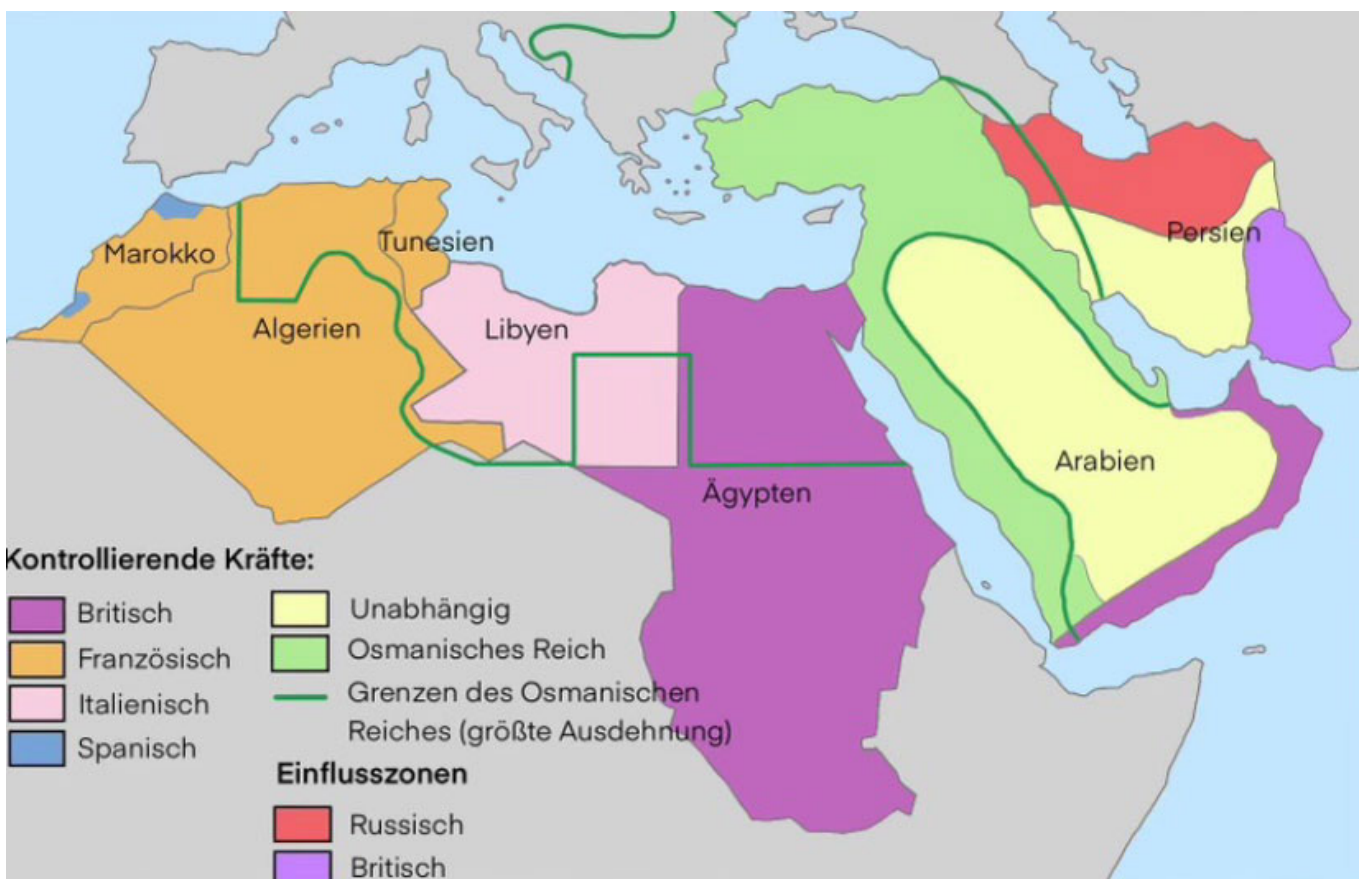


- Stellen Sie die jüdische Auswanderungsbewegung auf einer Karte mit Pfeilen in unterschiedlichen Stärken dar.
- Analysieren Sie die Migrationsbewegungen der jüdischen Bevölkerung in Europa (D1, D2)
- Beurteilen Sie, wie geeignet aus jüdischer Perspektive Palästina (als Teil des osmanischen Reiches) als Auswanderungsort war. Versetzen Sie sich ebenfalls in die arabische Perspektive.

Schritt 3:

Die britische Kolonialpolitik während des Ersten Weltkriegs – zu viele Versprechen in einem umkämpften Raum?

D3 Nordafrika und Mittlerer Osten 1914



Karte: Emma Stelljes

D4 Das Sykes-Picot-Abkommen zwischen Großbritannien und Frankreich 1916



Quelle: Sykes-Picot-1916.gif:Ian Pitchford at en.wikipediaderivative work: de:User:Mullerkingdom, Attribution, via Wikimedia Commons
[ogy.de/ums9](https://www.ogy.de/ums9)

Q5 Die Balfour-Deklaration 1917



Foreign Office,
November 2nd, 1917.

Dear Lord Rothschild,

I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet

"His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object. it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country"

I should be grateful if you would bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation.

Arthur Balfour

Portrait of Lord Balfour, along with his famous declaration. Public domain, via Wikimedia Commons

Übersetzung:

„Verehrter Lord Rothschild,
ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der
5 Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und gebilligt worden ist:
Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen
10 Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles

zu erleichtern, mit der Maßgabe, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation bringen würden.

Ihr ergebener Arthur Balfour“

Quelle: Public domain, via Wikimedia Commons, [ogy.de/d7ja](https://www.ogy.de/d7ja)

Impulse



- Analysieren Sie anhand von D3-D4 und Q4-Q5 die britische Territorialpolitik im Nahen Osten im Ersten Weltkrieg.
- Hören Sie im Podcast Minute 00:21–00:37 und interpretieren Sie mithilfe des Podcasts die Balfour-Deklaration.
- Beurteilen Sie die These, dass der Nahostkonflikt im Ersten Weltkrieg entstanden ist.

Schritt 4:

Der UN-Teilungsplan, die Staatsgründung Israels und die „Nicht-Staatsgründung“ Palästinas – Warum gab es keine „doppelte Staatsgründung“?

D5 Eine Zweistaatenlösung schon 1947?

Historycast: Wir haben die Staatsgründung – 1948. [...] Unter dem Porträt von Herzl, des Zionisten. [...] 1975, ausgerechnet am 10. November, also ziemlich genau 27 Jahre nach der Reichspogromnacht, beschloss die UN-Vollversammlung, den Zionismus zu brandmarken als eine Form des Rassismus. Was ist da passiert?

Michael Brenner: Es war letztlich nichts anderes als der Ausdruck einer sehr lang gehegten Ablehnung des Projekts Jüdischer Staat durch die arabische Welt. Und ich sagte dazu, das ist ja durchaus auch verständlich aus deren Sicht, denn für sie war dieser Staat ein Eindringling. Für sie galt: Wir müssen jetzt den Preis dafür zahlen, was die Europäer den Juden angetan haben. Und deswegen wurde von Anfang an dieses Staatsprojekt abgelehnt. Natürlich kann man nachträglich sagen: [...] Hätte [...] die arabische Staatenwelt 1947 den UNO-Teilungsbeschluss akzeptiert, dann hätte es damals schon die Zweistaatenlösung gegeben. Denn die UNO beschloss im November 1947, das damals britische Mandatsgebiet

Palästina in einen jüdischen und arabischen Staat zu teilen. Und da kamen viele Gründe, warum das abgelehnt wurde. Unter anderem auch die eigenen Machtgelüste der ja noch jungen Staaten Jordanien – damals hieß das ja noch Transjordanien, weil es nur östlich des Jordans war – Transjordanien hat sich sehr gerne das Westjordanland und vor allem Ostjerusalem mit allen heiligen Stätten einverleibt und auch annektiert, im Übrigen, denn so wurde Transjordanien zu Jordanien, und Ägypten hat den Gazastreifen zwar nicht annektiert, aber besetzt und für sich eingenommen, so dass die Palästinenser auch von den arabischen, von der arabischen Seite keinen Staat bekamen, der ihnen eigentlich von der UNO zugesprochen war. Und diese Ablehnung der Anerkennung des Staates Israel setzte sich über weitere Kriege hinweg fort, von denen natürlich der Sechstagekrieg 1967 der folgenschwerste war.

(Podcast 00:43–00:51)

Raum für eigene Notizen

Q6 Der UNO-Teilungsplan von 1947



D6 Karte Israels 1948–1967



1948–1967

- Waffenstillstandslinie 1949 („Green Line“)
- Staatsgrenze
- - - sonstige Grenze
- Israel bei Staatsgründung Mai 1948
- Israel 1949
- entmilitarisierte Gebiete, internationale Zone
- Westjordanland, 1948–1967 von Jordanien annektiert
- Gazastreifen, 1948–1967 von Ägypten verwaltet

1 : 3 800 000
0 80 km

Quelle: U.S. Central Intelligence Agency, Public domain,
via Wikimedia Commons, [ogy.de/yod8](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Green_Line_Map_of_Israel_1948-1967.jpg)

Karte: Emma Stelljes

Q7 Aus der Unabhängigkeitserklärung Israels vom 14. Mai 1948

[...] Der Staat Israel [...] wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.

Der Staat Israel wird bereit sein, mit den Organen und Vertretern der Vereinten Nationen bei der Durchführung des Beschlusses vom 29. November 1947 zusammenzuwirken und sich um die Herstellung der gesamtpalästinensischen Wirtschaftseinheit bemühen.

Wir wenden uns an die Vereinten Nationen mit der Bitte, dem jüdischen Volk beim Aufbau seines Staates Hilfe zu leisten und den Staat Israel in die Völkerfamilie aufzunehmen.

Wir wenden uns [...] an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.

Wir reichen allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und zu guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem unabhängigen hebräischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.

Quelle: <https://ogy.de/0pmc>

Zusatzinfo: In der Nacht auf den 15. Mai 1948 griffen die Nachbarn Ägypten, Jordanien, Syrien und der Irak den neu gegründeten Staat militärisch an. Der sogenannte „Unabhängigkeitskrieg“ endete mit der militärischen Niederlage der Angreifer 1949.

Impulse



- Erklären Sie anhand von D5 und Q6, warum es zwar zur Staatsgründung Israels kam, aber die Staatsgründung Palästinas scheiterte.
- Untersuchen Sie die Unabhängigkeitserklärung Israels im Hinblick auf sein staatliches Selbstverständnis und die Beziehungen zu den Nachbarn (Q7).
- Beschreiben Sie anhand von D6 den Ausgang des „Unabhängigkeitskrieges“ von 1948 und beurteilen Sie den Ausgang. Wer profitierte, wer verlor?

Der Sechstagekrieg von 1967 – gewonnen und doch verloren?

D8 Karte Israels 1967–1993



1967–1993

- Staatsgrenze Israels
 - Waffenstillstandslinie 1949 (noch nicht endgültig festgelegter Grenzverlauf)
 - sonstige Staatsgrenze
 - sonstige Grenze
 - Israel
 - von Israel besetztes Gebiet
 - von Israel zeitweise besetztes Gebiet
- 1 Südlibanon: 1982 besetzt, 1985 bis 2000 Rückgabe an Libanon
 - 2 Golanhöhen: 1981 von Israel annektiert
 - 3 Pufferzone: seit 1975 von UN kontrolliert
 - 4 Sinai-Halbinsel: 1967 von Israel besetzt, 1979–1982 Rückgabe an Ägypten
 - 5 geteilte Stadt Jerusalem: Ostteil 1967 von Israel besetzt, 1980 annektiert

1 : 3 800 000
0 80 km

Impulse

- Erklären Sie mithilfe von D6, Q8 und D8 die Auswirkungen des Sechstagekrieges auf Israel und die Beziehungen zu seinen Nachbarn.
- Bewerten Sie das Ergebnis des Sechstagekrieges.

Schritt 6:

Die Oslo-Verträge von 1993–1995 – Hoffnung und doch keine Lösung in Sicht?

Q10 Foto der Verleihung des Friedensnobelpreises 1994



Von links: Jassir Arafat, Shimon Peres, Yitzhak Rabin

Government Press Office (Israel), CC BY-SA 3.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>>, via Wikimedia Commons

Link zum Bild: <https://ogy.de/sr9w>

D9 Die Oslo-Verträge

Nach vielen Jahren gewalttätiger Konfliktaus-
tragung unterzeichneten am 13. September
1993 der Verhandlungsführer der Palästinensi-
schen Befreiungsorganisation (PLO), Mahmoud
Abbas, und der Außenminister Israels, Shimon
Peres, bezeugt von den Außenministern der
USA und Russlands den ersten der sogenann-
ten „Osloer Verträge“ in Washington D.C. Das
Bild des Händedrucks zwischen Palästinenser-
vertreter Jassir Arafat und dem israelischen
Ministerpräsident Yitzhak Rabin gingen um
die Welt.

Das Grundsatzabkommen [...] vom September 1993,
das später auch „Oslo I“ genannt wurde, basierte
im Wesentlichen auf einem Kompromiss nach dem
Prinzip „Land für Frieden“: Beide Parteien einigen
sich auf eine friedliche Koexistenz und gegenseitige
Anerkennung, einschließlich des Existenzrechts Is-
raels. Ziel des Abkommens war, dass sich die Palästi-
nenser selbst verwalten und Israel sich zurückzieht.
Mit dem im September 1995 unterzeichneten „Inter-
imsabkommen über das Westjordanland und den
Gazastreifen“ wurden die Vereinbarungen der Prin-
zipienerklärung konkretisiert. Das auch als „Oslo II“
bezeichnete Abkommen regelte beispielsweise den
gestaffelten Rückzug der israelischen Streitkräfte
aus den palästinensischen Bevölkerungszentren
und die Einteilung der Gebiete des Westjordanlands
in drei Zonen. Ziel war die schrittweise Vorberei-
tung einer „Zwei-Staaten-Lösung“, an dessen Ende
ein souveräner palästinensischer Staat stehen sollte.
Viele Beobachterinnen und Beobachter verbanden
mit dem aus „Oslo“ resultierenden Friedensprozess
die Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung des Nah-
ostkonfliktes zwischen Israelis und Palästinensern.
Arafat, Rabin und Shimon Peres wurden 1994 mit
dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Es gab al-
lerdings auch Gegner der Friedensverhandlungen,
sowohl in Israel als auch in den Palästinensergebie-
ten. Auf israelischer Seite protestierten nationalre-
ligiöse Siedler und rechte Politiker. Sie konnten sich
nicht vorstellen, Palästinensern einen eigenen Staat
zuzusprechen.

Auf palästinensischer Seite waren es oft religiös mo-
tivierte Bewegungen, die einen israelischen Staat
nicht anerkennen wollten. Immer wieder brachten
radikale Gruppen auf beiden Seiten ihren Protest in
Form von brutalen Angriffen zum Ausdruck.
Benannt wurden die Oslo-Verträge nach der norwe-
gischen Hauptstadt, da sich die Vertreter Israels und
der Palästinenserorganisation PLO dort erstmals im
Vorfeld der Vertragsunterzeichnung zu geheimen
Sondierungsgesprächen unter norwegischer Ver-
mittlung getroffen hatten.

Am 4. November 1995, gut sechs Wochen nach der
Unterzeichnung von „Oslo II“, wurde der israelische
Ministerpräsident Yitzhak Rabin am Rande einer
Kundgebung in Tel Aviv von einem rechtsradikalen
jüdischen Studenten erschossen.

Rabins Nachfolger als Ministerpräsident, Schimon
Peres, führte die Entspannungspolitik mit den Pa-
lästinensern fort. Bei der Parlamentswahl am 29.
Mai 1996 gewann jedoch eine Koalition um die kon-
servative Likud-Partei eine Mehrheit in der Knesset,
dem israelischen Parlament. Benjamin Netanjahu
wurde erstmals zum israelischen Ministerpresiden-
ten gewählt.

Der Friedensprozess geriet ins Stocken. Ein Grund
dafür war auch die Grundsteinlegung für eine is-
raelische Siedlung im Ost-Jerusalem Stadtteil Har
Choma. Gegen den Bau protestierte unter ande-
rem auch die UN-Vollversammlung im April 1997.
Gleichzeitig sorgte eine ganze Serie von palästin-
ensischen Anschlägen für Entsetzen in Israel.

Im Abkommen von Wye River, das im Oktober 1998
unterzeichnet wurde, verpflichtete sich Israel, sich
binnen zwölf Wochen aus 13 Prozent der Gebiete
im Westjordanland zurückzuziehen und palästi-
nensische Gefangene freizulassen. Im Gegenzug
verpflichtete sich die palästinensische Seite zu einer
„Null-Toleranz“ Politik gegenüber terroristischen
Bestrebungen radikaler Palästinensergruppen. Zu-
dem erklärte sich die PLO bereit, antiisraelische
Passagen aus ihrer Charta zu streichen. Das Abkom-
men sollte den Friedensprozess wieder beschleuni-
gen, es wurde aber nur teilweise umgesetzt. An dem

Abkommen von Wye zerbrach auch die Regierung von Benjamin Netanjahu. Internationale Beobachterinnen und Beobachter knüpften an die Wahl von Ehud Barak (Arbeiterpartei) zum neuen israelischen Ministerpräsidenten 1999 neue Hoffnungen für den Friedensprozess. Im Juli 2000 fand auf amerikanische Vermittlung ein Gipfeltreffen in Camp David [USA] statt, mit dem Ziel, eine Einigung über den permanenten Status der palästinensischen Gebiete zu erreichen. Doch das angestrebte Abkommen mit dem Titel „Camp David II“ kam nicht zustande. Die „Zweite Intifada“, die Ende September 2000 nach einem Besuch des konservativen Politikers Ariel Scharon auf dem Jerusalemer Tempelberg begann, machte eine Fortsetzung des Friedensprozesses vorerst unmöglich.

Im September 2002 machten UNO, EU, USA und Russland mit der „Roadmap“ einen neuen Anlauf, den Oslo-Prozess wiederzubeleben. Palästina sollte ein eigenständiger Staat werden und der Gewalt abschwören. Im Gegenzug verpflichtete sich Israel

dazu, diesen Staat anzuerkennen und das Militär aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen abziehen. Zur Umsetzung war ein mehrstufiger Prozess bis Ende 2005 geplant. Die israelische Regierung stimmte dem Plan zu, doch die Gespräche über einen Gewaltverzicht mit der militanten palästinensischen Gruppe der Hamas, die von Israel, den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft wird, blieben ergebnislos.

Im Jahr 2004 zog der damalige israelische Ministerpräsident Ariel Scharon die israelischen Truppen aus dem Gazastreifen ab und ließ einige Siedlungen zurückbauen, doch der Bau von Dörfern und Städten außerhalb der Waffenstillstandslinie von 1949 bleibt umstritten.

Zitiert nach Onlineredaktion der Bundeszentrale für politische Bildung (23.9.2020): Osloer Abkommen als Meilensteine im Nahost-Friedensprozess <https://ogy.de/jsq5>

Raum für eigene Notizen

D10 Ein- oder Zweistaatenlösung? Der Historiker Michael Brenner im Podcast

Historycast: Herr Brenner, wir haben [...] schon einmal gesprochen, etwa ein halbes Jahr nach dem 7. Oktober. Damals waren Sie überzeugt davon, dass es keine andere Lösung als die Zweistaatenlösung gibt. Jetzt hat sich die Situation noch einmal weiter verschärft. Ist das immer noch Ihre Auffassung? Bleibt nur die Zweistaatenlösung?

10 Michael Brenner: Wenn man sich Umfragen ansieht, dann sieht man schon, dass die Begeisterung für die Zweistaatenlösung noch weiter zurückgegangen ist seit dem 7. Oktober. Die Frage ist: Was ist die Alternative? Natürlich gibt es immer das Wort,

15 Ja, wir müssen in einem Staat leben. [...] Wir sind alle Bürger eines Staates. Ganz ehrlich gesagt, das ist natürlich eine wunderbare Lösung, die vielleicht auch irgendwann mal möglich sein wird. Aber ich glaube nicht, dass dieser eine Staat so was wie die

20 Schweiz im Nahen Osten sein wird, sondern eher Jugoslawien oder der Libanon, in dem sich Völker,

die ein Jahrhundert und vielleicht mehr der Animosität erlebt haben, nicht jetzt alle umarmen werden, sagen: Wir sind in einem Staat glücklich.

25 Ich sehe das einfach noch weniger. Und vor allem meinen sie gerne auch andere Dinge, wenn sie von einer Einstaatenlösung sprechen. Viele rechtsgerichtete Israelis wollen die Einstaatenlösung. Aber sie stellen sich die Palästinenser dann als Staatsbürger zweiter Klasse vor, mit weniger Rechten.

30 Das wurde jetzt in jüngsten Umfragen deutlich. Viele Palästinenser wollen die Einstaatenlösung, sagen: Ja gut, wir sind dann irgendwann die Mehrheit. Vielleicht jetzt schon. Und dann haben die Juden eben Minderheitenrechte. Auch das wird nicht

35 so gehen. Also, man spricht von einem Staat, aber hat völlig andere Vorstellungen davon, was das in der Realität bedeutet.

(Podcast 00:43–00:51)

Impulse



- Beschreiben Sie das Foto Q10 aus dem Jahr 1999.
- Erstellen Sie aus D9 einen Zeitstrahl mit den wichtigsten Entwicklungen des Nahostkonfliktes zwischen 1993 und 2004.
- Erstellen Sie ein Schaubild der wichtigen politischen Akteure mit deren Maßnahmen und Kompromissen im Friedensprozess. Stellen Sie durch verschiedenfarbige Linien positive und negative Verbindungen dar.
- Beurteilen Sie, wer die Verantwortung für das Scheitern des Osloer Friedensprozesses trägt.
- Erklären Sie die Bedeutung des Fotos Q10 im zeitgenössischen Zusammenhang.
- Arbeiten Sie aus D10 die Vor- und Nachteile der Ein- bzw. Zweistaatenlösung heraus.
- Setzen Sie sich mit Michael Brenners Position auseinander und beurteilen Sie die aktuellen Möglichkeiten zum Friedensschluss (D10).

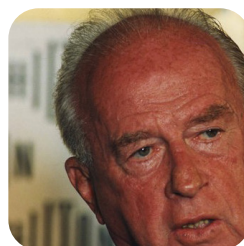


Links zu Folgen des WDR-ZeitZeichen-Podcasts zu ähnlichen Themen:



**Lieber im Kaffeehaus
als in der Synagoge:
Zionist Theodor
Herzl**

[ogy.de/ek6l](https://www.ogy.de/ek6l)



**04.11.1995 -
Ermordung des
Yitzhak Rabin**

[ogy.de/xv2a](https://www.ogy.de/xv2a)



**14. Mai 1948 - Der
Staat Israel wird
gegründet (WDR-
Mediathek)**

[ogy.de/ga7b](https://www.ogy.de/ga7b)



**David Ben Gurion,
israel. Politiker (Ge-
burtstag, 16.10.1886)**

[ogy.de/rqiy](https://www.ogy.de/rqiy)



**02.11.1917 –
Balfour-Deklaration
unterzeichnet**

[ogy.de/7li3](https://www.ogy.de/7li3)



**Jerusalem wird zur
Hauptstadt Israels
erklärt (am 4.1.1950)**

[ogy.de/qemh](https://www.ogy.de/qemh)

historycast



was war – was wird

Impressum

Autorin Ines Stelljes
stelljeshamburg@gmail.com

Redaktion Dr. Helge Schröder
dr.helge.schroeder@geschichtslehrerverband.de

Layout Kai D. Röwer, www.ad-roewer.de

Gefördert vom Bundesministerium des Innern und für Heimat

Illustrationen © Irmela Schautz, www.irmela-schautz.de

Alle Nachweise beziehen sich auf einen letzten Zugriff im Oktober 2024.

11/2024



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Verband der
Geschichtslehrerinnen
und -lehrer
Deutschlands e. V.

